

Dresdner Volkszeitung

Postkassentel.: Dresden
Nr. 1268, Ruben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Postkonten: Sächsische Staatsbank,
Dresden, Bank d. Arbeiter, Eng-
hellen u. Pflaumen, 1918, Dresden,
Gebrüder Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß bösserer Gesellen, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung

Wiederdruck mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Veben, Wäffen, stunk“, außerdem „Volk und Zeit“ monatlich 1,50 M., zu-
sätzlich 40 Pf. Prämienlos. Volkzeitung 1,50 M., wöchentlich. Volk- u. Sa-
hrungsbeilage 50 Pf. Telemamm-Abnehmer: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261. Sprech-
stunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 261 u. 19 707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Abdruckpreis: Die 80 mm breite Sonderzeile 25 Pf., die
80 mm breite Reklamazeile 2 M., für ansonsten 40 Pf. u. 2,50 M.
abhängig. Preisänderung laut Tarif. Kammeranzeigen, Stellen- u.
Werbung 20 Pf. netto. Für Kleinanzeigen 10 Pf. Einzelz. 10 Pf.

Nr. 120

Dresden, Mittwoch, den 25. Mai 1932

43. Jahrgang

Gericht über Großenhain

Sozialdemokratische Kritik im Landtag - Justizminister schweigt über Schreckensurteil

KB. Dresden, 24. Mai 1932.

„Politik im Gerichtssaal“ so bezeichnete bei der letzten Justizdebatte im Sächsischen Landtag der Führer der Deutschen Volkspartei, Professor Widmann, die Zustände, die sich in der deutschen Rechtsprechung entwickelt haben. Und er fügte hinzu, daß in dieser Tatsache eine außerordentlich schwere Gefahr liege. Diese vorsichtige Kritik eines bürgerlichen Politikers, dessen Partei auf das engste mit der sächsischen Regierung verbunden ist, hat schneller, als man dachte, eine furchtbare Beleuchtung durch das Großenhainer Urteil erfahren.

Die überfüllten Tribünen bewiesen, wie richtig es war, daß die sozialdemokratische Fraktion dieses ungeheuerliche Landtagsurteil vor das Forum des Landtags zog. Im Volk herrscht eine leidenschaftliche Empörung über diesen Richterspruch, der die Angegriffenen zu Angeklagten machte und Mares Recht in schreiendes Unrecht verwandelte. Der sozialdemokratische Redner, Genosse Edel, der sich in seinen wirkungsvollen Ausführungen zum Sprachrohr dieser Empörung machte, zeigte noch einmal die Tragik dieses Falles auf, die darin liegt, daß friedliche Demonstrationen, wenn sie sich nicht wehrlos von nationalsozialistischen Hlegeln niederschlagen lassen, in das Netz der Paragraphen geraten und dann von

Richtern, die jedes Verständnis für die Situation vermissen lassen, aus der heraus die Zusammenstöße erwachsen sind, zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

Die Ungeheuerlichkeit dieses Urteils wurde reiflos klar, als der Genosse Reu die prozessualen Verläufe unter die Lupe nahm und die skandalöse Einschränkung der Verteidigung der angeklagten Reichsbannerleute mit einwandfreiem Beweismaterial belegte. Der Anwalt der Angeklagten ist vom Staatsanwalt geradezu wie ein Bittsteller behandelt worden. Das primitivste Recht der Angeklagten, durch ihren Verteidiger die Akten einsehen zu lassen, damit er die Aussagen der Belastungszeugen kennenlernt und demgemäß seine Anträge auf Ladung der Entlastungszeugen stellen kann, ist in diesem Prozeß fast völlig illusorisch gemacht worden; in einem Prozeß, der nicht weniger als 22 Zeugen aufwies. Ja, der Staatsanwalt hat sogar Entlastungszeugen, die sich freiwillig angeboten hatten, aus dem Prozeß ausgeschaltet, hat den Grundsat, daß der Staatsanwalt nicht nur die belastenden Momente erforschen, sondern auch zur Entlastung der Angeklagten beitragen müsse, mit der Sand beiseite geschoben. Was Genosse Reu dann noch über die „Objektivität“ eines in diesem Prozeß tätig gewesenem Schnellrichters sagte, das brachte den

Beweis dafür, wie im Großenhainer Fall „Politik im Gerichtssaal“ gemacht worden ist

Es versteht sich am Rande, daß der nationalsozialistische Redner Meyer gegen das unerhörte Urteil nichts einzuwenden hatte, daß er darüber hinaus sogar für den Justizminister noch eine Lanze brach. Jeder die Vorgänge in Großenhain turnte er mit einem Salto mortale hinweg, er verlas nur eine Liste der angeblich im Gewerkschaftshaus gefundenen Waffen: einige Taschenmesser, eine Schreckschusspistole und ein Weill. Wenn man nach diesen Grunddaten das deutsche Volk nach Waffen unteruchen würde, dann gäbe es wahrscheinlich keine einzige Haushaltung, über der nicht das Tomatenschwert der Verteilung hänge. Wäre die Anwesenheit von Großenhain nicht so furchtbar ernst, dann könnten diese mit rollendem Pathos vorgetragenen Ausführungen der lödenden Lächerlichkeit preisgegeben werden. So aber sind sie der proteste Rahmen, in dem das tolle Urteil und damit auch das Schicksal der verurteilten Reichsbannerleute steht.

Um den blamablen Eindruck der Meberischen Rede zu verwischen, eilte ihm sein Parteifreund Studentkowsky zu Hilfe und wickelte das von Meyer abgehalbelte Garn über den „Deutschen Menschen“ noch etwas weiter ab. Meyer und Studentkowsky als Vertreter des bafentierten Deutschtums, wie soll da die Zukunft des deutschen Volkes aussehen, wenn diese Herrschaften einmal zur Macht gelangen würden.

Der Justizminister, der bei seinem parlamentarischen Auftreten in der letzten Sitzung, wo sein Ressort zur Diskussion stand, so jämmerlich Schiffbruch gelitten hat, verlegte sich diesmal auf das Schweigen. Er sagte nur einen Satz: Das Verfahren schwebt, und das Ministerium kann nicht eingreifen! Die Justizmaschine kann also weiterarbeiten, kann alle Rechte der Angeklagten in ihrem Betriebe zerlegen, kann alle Voraussetzungen einer objektiven Prozeßführung zerstören — der oberste Beamte der Justiz in Sachsen hat nichts dazu zu sagen. Er stützt sich auf die Scheinform der Rechtsordnung; vom Rechte, das mit uns geboren ist, weiß er kein Wort zu sagen.

So kriecht sich die Vertrauenskrise der Justiz immer tiefer, umfaßt immer weitere Kreise des Volkes und zerstört dadurch, indem sie die Grundzüge der Rechtspflege selbst aufhebt, auch den stärksten Weiler der bürgerlichen Gesellschaft. Das Urteil von Großenhain zeigt blühartig den brutalen Klassencharakter der heutigen Rechtsprechung und demonstriert leidenschaftlich die unbedingte Notwendigkeit einer Reform dieser Justiz an Haupt und Gliedern. Die Konsequenzen der Vertrauenskrise aber werden eines Tages von unübersehbarer Tragweite sein.

Vorstoß der Eisernen Front

„Rührt euch für Arbeitsbeschaffung!“

W. Hamburg, 24. Mai. (Eig. Drahtb.)

Mit elementarer Wucht sind in Hamburg die Arbeitermassen für die neue Aktion der Eisernen Front zur Arbeitsbeschaffung vorzustoßen. Unter der Parole: „Nicht Volk in Waffen, sondern Volk in Arbeit!“ fand in den größten Versammlungsräumen Hamburgs eine Kundgebung der Eisernen Front statt, die von mehr als 10 000 Mann besucht war. Unter den Teilnehmern war der Prozentsatz der jungen Arbeiter besonders stark. Karl Hölttermann (Führer des Reichsbanners) und Verbandsvorsitzender Schöffel riefen unter demonstrativem Weisfall aller Versammelten den Staat auf, sich jetzt endlich zu durchgreifenden Maßnahmen zu entschließen und seine ganze Kraft in den Dienst der Arbeitsbeschaffung zu stellen.

Hölttermann erinnerte daran, daß in Hamburg die erste Versammlung der Eisernen Front stattgefunden und dann die Bewegung sich mit elementarer Gewalt über das ganze Reich ausgebreitet habe.

Von Hamburg gehe heute abermals der Ruf in das Land, die gesamte Kraft der Arbeiterschaft einzusetzen für das Ziel: Eindämmung der Arbeitslosigkeit!

Die Eiserne Front sei nicht nur zur Wahlagitiation da. Mit ihrer ganzen Kraft müsse sie sich zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit stellen. Nicht: „Stillgestanden!“, sondern „Rührt euch!“ — laute ihr Kampftruf. Mit aller Energie müsse vor allem

der Kampf um die deutsche Jugend

aufgenommen werden, und dazu gehöre, daß die Arbeiterschaft sich jetzt auch positiv zum freiwilligen Arbeitsdienst bekenne.

Neben der Beschäftigung insbesondere für die heranwachsende Jugend — führte Hölttermann weiter aus — müsse

Sozialdemokratischer Wahlerfolg Nazis und Kommunisten bezieren

N. Domschdt, 24. Mai. (Eig. Drahtb.) In dem heftigen sächsischen Zwangsberg wurde der von der S.P.D. aufgestellte Bürgermeistkandidat mit 702 Stimmen wiedergewählt. Bei der Präsidentschaftswahl wurden für Gindenburg 475 Stimmen abgegeben, während die Gindenburg-Parteien zusammen bei der Landtagswahl 1931 etwa 300 Stimmen erhalten hatten. Der Kandidat erhielt 337 Stimmen gegen 604 bei der Reichspräsidentenwahl und 541 bei der Landtagswahl, der Kommunist 154 gegen 174 bzw. 266 Stimmen.

Die verschiedenen guten Wahlergebnisse bei Einzelwahlen lassen weitere Erfolge der Sozialdemokraten bei den für Sonntag, 19. Juni, anberaumten Landtagswahlen erhoffen.

jetzt auch das Problem der Versorgung der Dauererwerbslosen vom Staat entschieden angepaßt werden. Denn es sei eine Illusion, zu glauben, daß unter den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen noch alle Erwerbslosen jemals wieder in Arbeit kommen würden. Die Eisernen Front erhebe an die Reichsregierung die Forderung, sich jetzt ihrer Pflicht gegenüber den leidenden Massen bewußt zu werden und auch den Sad der Reichsverfassung, daß Eigentum verpflichtet, zur Geltung zu bringen. Es gelte jetzt auch,

die Arbeitsdienstpflicht der Produktionsmittel durchzuführen.

Die Ausführungen Hölttermanns fanden insbesondere bei den vielen tausend jungen Zuhörern stürmische Zustimmung.

Preußenparlament - Nazifasernenhof

Aus dem Preussischen Landtage wird uns geschrieben:

„John Minuten vorm Antreten ist — Antreten!“ An diese Kasernenhofblüte wurde erinnert, wer eine Viertelstunde vor Sitzungsbeginn die Wandelhalle des Preussischen Landtags betrat. Dieser erste, hochgewölbte Raum gleich am Dienstag einem Kasernenhof, auf dem eine neu ausgehobene Refruentenmannschaft zum erstenmal antritt. Zu einem dichten Klumpen gedrängt — man konnte auch an einen mit die Weisel gekochten Bienenschwarm denken — hielten sich dort 160 Mann muskulösen hakenrengeschmückten Volks. Militärgefallen einheitlichen Traps, diesmal allerdings nicht einheitlicher Uniform, wenn auch Schaffstiefel und Anzweihen vorherrschten.

Worauf warten sie? — Komische Frage: auf's Kommando! Endlich verkündet das Schnarren der Sirene den Sitzungsbeginn. Das Kommando ertönt, der Einmarsch kann sich vollziehen. Aber, ach, der Architekt dieses Hauses hat bei seiner Erbauung den künftigen Kasernenzweck des Landtags noch nicht gekannt: an der Enge der Türen zum Sitzungssaal scheitert der Masseneinmarsch. Wie ein Sturmangriff an unvorhergesehenen Drahthindernissen, so verpufft die geplante militärische Parade im Engpaß der Porten.

Als der zweiundachtzigjährige Alterspräsident, General a. D. Litzmann (Nazil), auf dem Präsidentenstuhl erscheint, erheben sich die versammelten Hitler-Männer zu einer

„Heil“-Demonstration. Dann müssen sie sich artig verhalten, und das Theater geht an die Konkurrenz von der äußersten Linken über. Für einen Augenblick freilich bietet das Haus einen Schein von Einmütigkeit, als es sich zu Ehren der Opfer des jüngsten Bergwerksunglücks von den Plänen erhebt. Aber das ist bald vorbei. Bei jedem Satz wird der Alterspräsident von kommunistischen Zurufen — nicht gerade respektvoller Art — zugeleitet. Der alte Knaben selber scheint übrigens vor Provokationen auch nicht zurück. Hat er schon gleich beim Eintritt die „Heil“-Rufe seiner Fraktion mit Händstengruss erwidert, so verliert er gleich zu Beginn seiner Rede eine politische Demonstration, indem er erklärt, daß sein Verfahren nach der bisherigen Geschäftsordnung keineswegs eine Anerkennung derselben für den neuen Landtag bedeute. (Deutscher Hinweis auf die Wahl des Ministerpräsidenten.) Im übrigen beruft Litzmann gemäß der Geschäftsordnung ihrer Weisheit, darunter auch den Sozialdemokraten Bachel, und schlägt die Konstituierung des Aeltesten vor, der das Haus zustimmt.

Was dann folgt, ist übliches Geschäftsordnungstheater. Die Kommunisten Pled und Kaiser stellen unmögliche Demonstrationen an, deren selbstverständliche Ablehnung für sie der Vorwand ist, um „die Einheitsfront“ von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten“ zu konstruieren. Schade, daß der zwei Stunden vorher erschienene Angriff des Herrn Goebbels diesen